

Werner C. Hug

Kontroverse um die AHV 21: Badran contra Strahm

Was ist gescheiter?

Rudolf Strahm hat im Tages-Anzeiger eine Lanze für die AHV Reform-21 gebrochen und die Zusatzfinanzierung mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer unterstützt. Jacqueline Badran kritisierte heftig. Werner C. Hug geht in einer ökonomischen Analyse der Frage nach, was denn nun gescheiter oder richtig ist.

Rudolf Strahm und die Bürgerlichen irren sich gewaltig, wenn es um AHV21 geht, schreibt Nationalrätin Jacqueline Badran (SP) in einer Replik. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer sei das Dummste, was man tun kann. Mehr Lohnprozente in die Pensionskassen zu zahlen ist falsch. 92 Prozent verdienen bares Geld, bekommen sie doch mehr AHV, als sie jemals einbezahlt haben.

Strahm hält zu Recht fest, dass die Frauen im AHV-System heute und insbesondere nach Annahme der Revision nicht benachteiligt sind. Auch wenn das Rentenalter auf 65 erhöht wird. Im Gegenteil: die Frauen leben 4 Jahre länger. Sie erhalten Erziehungs- und Betreuungsgutschriften, auch wenn sie in dieser Periode keine Einkommen erzielt haben. Und eine Minimalrente von 1195 Franken wird auch jenen entrichtet, die nie oder wenig verdient haben. Zur finanziellen Sicherung der AHV braucht es eine Mehrwertsteuererhöhung.

Badran argumentiert: Die AHV hänge nicht von der Alterspyramide sondern von der Lohnsumme ab. Der Anteil der Aktiven betrage seit 1950 48 Prozent. Der AHV-Fonds erziele Gewinne. Am meisten Geld werde nicht in die AHV sondern in die 2. Säule einbezahlt. Das Dummste, was man zur Sicherung der Finanzierung tun kann, sei es, die Mehrwertsteuer erhöhen. Gescheiter wäre eine AHV-Lohnbeitragerhöhung.

Badran irrt: Was ist aus ökonomischer Sicht richtig?

Die Lohnsumme hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Die Hälfte unserer Wirtschaftsleistung wird im Export verdient. Sind die Firmen wettbewerbsfähig, wächst das BIP, nimmt die Beschäftigung zu. Alterniert die Bevölkerung, weil nach den geburtenstarken Jahrgängen keine Jungen nachfolgen, fehlen Arbeitskräfte. Es sei denn ausreichend ausländische Facharbeiter können importiert oder als Grenzgänger gefunden werden. In den letzten Jahrzehnten sind insbesondere Hochlohneempfänger in die Schweiz gekommen. Sie bezahlen unbegrenzte AHV-Beiträge, während die Maximalrente gedeckelt ist.

Die AHV braucht also zunächst Wirtschaftswachstum, erst dann wächst auch die Lohnsumme. Die ausländischen Arbeitnehmer bezahlen AHV-Beiträge. Damit entstehen AHV-Renten-Verpflichtungen. Heute werden fast eine Million Renten (35 % aller AHV-Renten) ins Ausland geschickt. Kaufkraft im Inland fließt ab. Die Lohnsumme hängt somit auch von der Alterspyramide ab.

1950 beträgt der Anteil der ausländischen Bevölkerung gemessen an der ständigen Wohnbevölkerung 6 Prozent 2020 sind es 26 Prozent. Ohne Zuwanderung wäre das Wirtschaftswachstum und damit die Lohnsumme weniger stark gewachsen. Der Anteil der Aktiven an der Gesamtbevölkerung konnte nur dank des Imports von ausländischen Arbeitskräften auf 48 Prozent in etwa gehalten werden. In den nächsten 20 Jahren leiden wegen der fehlenden Geburten alle europäischen Staaten unter Mangel an Facharbeitskräften. Der Import von ausländischen Arbeitnehmern wird schwieriger. Die Summe der AHV-Renten, die ins Ausland fließen nimmt zu. Der Anteil der aktiven Bevölkerung ist nur relativ konstant, in Zukunft wird er abnehmen.

Mit der Erhöhung der AHV-Renten steigen auch die AHV-Beiträge. 1969 erste Erhöhung der AHV-Beiträge von 4 auf 5,2 Prozent, 1975 Erhöhung auf 8,4 Prozent mit Staf weitere 0,3 Prozent. Ebenso nehmen die Bundesbeiträge sowie die Mehrwertsteuer zugunsten der AHV zu. 1999 Erhöhung der MWSt um 1 Prozentpunkt, AHV21 plant 0,4 Prozent. Nur dank MWSt- und AHV-Beiträgen wird in den letzten zwei Jahren das Umlageergebnis der AHV wieder positiv. Sie sichern zukünftige Ausgaben und führen kurzfristig zu einer Erhöhung des Fonds. Dieser macht wie die Pensionskassen nur dann grosse Gewinne, wenn die Aktienanlagen hohe Renditen abwerfen.

Seit 1990 sind die AHV-Einnahmen über die Beiträge (35 Mrd) nur halb so stark angestiegen wie die Anteile der öffentlichen Hand. Zur AHV-internen Umverteilung von hohen zu tiefen Löhnen (92 Prozent der AHV-Rentenbezüger haben ihre Rente nicht selber finanziert) kommt die Umverteilung über Steuern noch hinzu. Die AHV-Beiträge machen noch 73 Prozent der Einnahmen aus. Das Umlageverfahren (laufende Einnahmen finanzieren laufende Ausgaben) funktioniert schon lange nicht mehr.

Die kapitalgedeckte berufliche Vorsorge nimmt an Beiträgen der Arbeitgeber (29) und der Arbeitnehmer (21) und Einlagen total 66 Mrd Franken ein. Die Pensionskassen verwalten über 1000 Mrd Franken und geben für Verwaltung 217 Franken pro aktiv Versicherten sowie 0,4 Prozent des Kapitals für Vermögensverwaltungskosten aus. Die Verwaltungskosten der AHV betragen maximal 3 Prozent der Lohnsumme. Auf 35 Mrd Franken AHV-Beiträgen macht das über eine Milliarde Franken aus.

Die Verwaltungskosten des AHV-Fonds erreichen 0,2 Prozent des Vermögens. Die 2. Säule ist pro Versicherten in etwa doppelt so teuer. Aber sie wird vollständig privat durchgeführt und bezieht keine Staatsbeiträge. Jeder Versicherte spart für sich selber und der Arbeitgeber hilft mit.

Mehrwertsteuer oder andere Finanzierung? Die MWSt hat unterschiedliche Sätze. So werden z.B. Lebensmittel lediglich mit 2,5 Prozent belastet. Alle Konsumenten bezahlen MWSt, auch Touristen. Nachteil: kleine Einkommen werden relativ stärker belastet.

Eine generelle Erhöhung der direkten Bundessteuer belastet wegen der Progression die höheren Einkommen stärker. Höhere Gewinnsteuern können zu Abwanderungen von Firmen führen. Rentner bezahlen höhere Einkommens- und Vermögenssteuern. Vorteil: kleine Einkommen werden weniger belastet.

Eine Erhöhung der AHV-Beiträge belastet die Unternehmungen. Die Kosten steigen, die Wettbewerbsfähigkeit sinkt. Arbeitsplätze sind gefährdet, wenn Produktion automatisiert wird. Arbeitnehmer erhalten weniger cash. Rentner bezahlen nichts. Vorteil: die Einnahmen fließen direkt in die AHV.

Wenn Fachkräftemangel zunimmt, ausländische Arbeitnehmer fehlen, Wirtschaft nicht wächst, Inflation steigt, Wettbewerbsfähigkeit abnimmt, Lohnsumme stagniert, Anzahl Rentner mit längerer Lebenserwartung zunehmen, AHV-Renten mit dem Mischindex bei Inflation teurer werden, dann nehmen die Defizite der AHV zu. Dann stellt zur finanziellen Sicherung der AHV die Mehrwertsteuer die ökonomisch geeignetste Lösung dar, weil sie am wenigsten Nebenwirkungen für die Gesamtwirtschaft bewirkt. Denn die sozial Schwächsten werden im sozialen Sicherungsnetz gezielt gesichert. Also ist die Lösung mit AHV21 nicht das Dummste. Gescheiter wäre es allerdings, die Eigenverantwortung zu fördern und den Staatseinfluss zu verringern.

11.7.22hug